des Kontrollrats in Deutschland 1945 Nr. 1 S. 22) eine wichtige Rolle. Sie verbot die Analogie oder die Begründung der Strafbarkeit nach dem „gesunden Volksempfinden“, bekräftigte die Aufhebung der faschistischen Ausnahme- und Sondergerichte und legte fest, daß ungerichte Bestrafungen aus der Zeit des Faschismus aufzuheben seien.

Bei den durch diese Bestimmungen nicht ausdrücklich außer Kraft gesetzten überkommenen Strafrechtsnormen mußte künftig geprüft werden, ob sie frei von faschistischem Gedankengut waren und weiter angewandt werden konnten.

Eine sofortige Aufhebung des gesamten überkommenen und eine umfassende Neukodifizierung des Strafrechts war unter den damaligen Bedingungen nicht möglich und wurde auch nicht angestrebt. Es fehlten insbesondere ausreichende Kenntnisse und die für eine solche Aufgabe erforderlichen Kader. Hauptaufgabe waren die Beseitigung der Folgen des Krieges und der Naziherrschaft und die Sicherung der Lebensgrundlagen des Volkes sowie die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung. Die neuen Gesellschaftsverhältnisse mußten erst eine bestimmte Stabilität und Reife erreicht haben, ehe an eine größere bzw. umfassende Neukodifikation des Strafrechts gegangen werden konnte. Es mußten auch erst ausreichende Erfahrungen der antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Strafrechtsprechung vorliegen. Kernstück des Strafrechts blieb daher zunächst das Strafgesetzbuch vom 15. Mai 1871. Dieses wurde von den antifaschistisch-demokratischen Justizorganen sanktioniert und zum Schutze der neuen Gesellschaftsverhältnisse und der Rechte und Interessen der Menschen weiter angewandt.

Die *Übernahme und Weiteranwendung des Strafgesetzbuches* bis 1968 war möglich, weil in diesem bestimmte demokratische Strafrechtsgrundsätze festgeschrieben waren. Dazu gehörten die Bestrafung nur auf der Grundlage eines gesetzlichen Tatbestandes (die Gesetzlichkeit der Bestrafung), der Eintritt der strafrechtlichen Verantwortlichkeit nur bei Zurechnungsfähigkeit und Schuld, die Bemessung der Strafe vorrangig nach Art und Schwere der Straftat, die Gleichheit vor dem Gesetz. Diese Prinzipien mußten von allen Verfälschungen und Untergrabungen durch die imperialistische Gesetzgebung und Rechtsprechung befreit werden.

Eine Garantie dafür, daß das sanktionierte

Strafrecht im Interesse der neuen Ordnung und der Menschen angewandt wurde, waren die großen *gesellschaftlichen Umgestaltungen*, darunter auch die Zerschlagung des bürgerlich-imperialistischen Justizapparates, die Entfernung aller Nazis aus der Justiz und die Ausübung der Rechtsprechung durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, repräsentiert zunächst durch die Volksrichter. Notwendig war weiter die *Schaffung neuer Strafgesetze zum Schutze des Friedens, der neuen Staats- und Wirtschaftsordnung gegen Saboteure und Spekulanten und von Leben und Gesundheit der Werktätigen, vor allem im Produktionsprozeß*.

In der weiteren Entwicklung wurden in der Deutschen Demokratischen Republik die fortschrittlichen Erkenntnisse und Ideen der Strafrechtler der aufstrebenden Bourgeoisie aufgegriffen, von ihrer klassenmäßigen Beschränktheit befreit und konsequent in progressive Strafgesetzgebung und -rechtsprechung umgesetzt.⁷ Es kommt hierin die *positive Haltung* der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei *gegenüber dem Erbe* zum Ausdruck. Für sie ist das Vergangene in Recht, Moral und dergleichen nicht nur „Rudiment“, „Überbleibsel“ oder etwas Reaktionsäres schlechthin. Es geht daher nicht um den absoluten Bruch mit dem Alten und um dessen vollständige Beseitigung,⁸ nicht um bloße unnütze Negation, „sondern die Negation als Moment des Zusammenhangs, als Moment der Entwicklung, bei Erhaltung des Positiven“⁹ ist das Wesentliche in der Dialektik. Diese positive schöpferische Haltung zum Erbe auf dem Gebiet der Staats- und Rechtsentwicklung unterstrich Karl Polak 1947, als es um die grundlegende Orientierung der künftigen antifaschistisch-demokratischen Rechtsentwicklung ging.

Über das Verhältnis der antifaschistisch-demokratischen zur vorangegangenen Staats- und Rechts-

7 Vgl. dazu schön das erste Lehrbuch des Strafrechts der DDR. Allgemeiner Teil, Berlin 1957; ferner Strafrecht. Allgemeiner Teil. Lehrbuch, Berlin 1978, S. 77; die Materialien der Gedenkonferenz für den Juristen P. J. A. Feuerbach, Wissenschaftliche Zeitschrift der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, 1984/4.

8 Vgl. Sozialismus und Ethik. Einführung, Berlin 1984, S. 40.

9 W. I. Lenin, Werke, Bd. 38, Berlin 1964, S. 218; vgl. Bd. 31, Berlin 1959, S. 307 f.